

## STELLUNGNAHME DES ELTERNRATES DER EKG ZUR SCHULREFORM

Nach mehreren Monaten der Auseinandersetzung mit den schulpolitischen Plänen der schwarz-grünen Hamburger Regierung kommen wir zu folgendem Schluss:

1. Unsere Befürchtung, die Regionalen Schulkonferenzen seien Teil einer politisch motivierten Strategie, die Zustimmung der Bevölkerung zu einem eigentlich sehr umstrittenen Reformvorhaben durch die Einbindung der Beteiligten zu erreichen, konnten nicht zerstreut werden. Ganz im Gegenteil: wir haben den Eindruck, dass dieser angeblich so demokratische Prozess der Beteiligung von Eltern seinem Anspruch nicht gerecht wird. Es geht um die Ausführung einer längst in Koalitionsverhandlungen beschlossenen Entscheidung. Die Delegierten der RSK haben weder auf die Inhalte noch auf den Zeitpunkt der Reform Einfluss. Indem wir über konkrete Fragen wie über die Zügigkeiten der Schulen unserer Region diskutieren, geben wir indirekt unsere Zustimmung zu dem Vorhaben. So wurde geschickt die Diskussion nach der Reform als solcher umgangen. Mit kleinen Kindern geht man so um, wenn man sie unauffällig auf seine Linie bringen möchte: „Möchtest Du deinen Apfel lieber im Garten oder auf dem Sofa essen?“, fragt man um zu verhindern, dass sie nach Süßigkeiten verlangen. Wir fühlen uns ausgenutzt, etwas zu legitimieren, das wir nicht wirklich beeinflussen dürfen.

2. Die Erich-Kästner-Gesamtschule wird nach der Schulreform im Vergleich zu den meisten anderen Hamburger Schulen relativ wenig Veränderung erfahren und muss der Reform insofern nicht mit großer Sorge entgegensehen. Das Konzept des gemeinsamen Lernens kann erhalten bleiben, die Anmeldezahlen waren in diesem Jahr höher als in den Vorherigen, die Integration von Kindern mit sozialpädagogischem Förderbedarf kann eventuell sogar ausgebaut werden, wenn die Behörde der Idee zustimmt, bereits in der zukünftigen Primarschule der EKG integrative Klassen einzurichten.

Die Nachteile, die wir für unsere Kinder sehen, wollen wir hier dennoch klar benennen. Wir wehren uns gegen die Abschaffung der Gesamtschulen. Wir fordern, dass sie auch in Zukunft als Alternative für viele Eltern und Schüler zur Verfügung steht. Nach unserem Verständnis verkörpert unsere Schule nämlich genau das, was der Senat mit seiner Reform anstrebt:

-das gemeinsame Lernen über viele Jahre : bei uns von der Vorschule bis zur 13. Klasse;

-das gemeinsame Lernen von Kindern mit verschiedenen Begabungen: mit dem binnendifferenzierten Unterricht, dem Arbeiten in Lehrerteams, der Einführung von Kompetenzrastern, fächerübergreifendem und eigenverantwortlichem Lernen, preisgekrönter Berufsvorbereitung ab Klasse 5 und vielem mehr, was die Koalition jetzt einführen will, haben wir an der EKG als Gesamtschule bereits jahrelange Erfahrung;

-die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund, von Kindern aus sozial benachteiligten Familien, von Kindern mit Behinderung: in unserer Schule kommen durch das Einzugsgebiet und durch die Funktion als Integrationsschule Schüler verschiedenster sozialer Milieus, Begabungen und Nationalitäten zusammen;

-die Ausdehnung der Betreuungszeit in den Nachmittag und die Zusammenarbeit mit Institutionen des Stadtteils: die EKG ist seit zwei Jahren eine Ganztagschule und baut ihre Angebote (abhängig von dem Fließen der Fördermittel durch die Behörde) ständig aus. Außerdem bietet sie ein beeindruckendes Angebot an Nachmittags-Wahlkursen für die Schüler der Klassen 5 und 6, das jedes Jahr um eine Jahrgangsstufe erweitert wird. Sogar die Versorgung der Schüler mit einer warmen Mahlzeit passt in das Konzept des ganzheitlichen Angebotes unserer Schule: das Schulrestaurant wird in einer Kooperation des Hamburger Ökomarktes, der Hamburger Werkstätten und des schulischen Vereins „Integer“ betrieben.

Das Modell Gesamtschule ist unserer Auffassung nach auch zum zukünftig zweigliedrigen Schulsystem eine erhaltenswerte Alternative und funktioniert gerade an der EKG überzeugend, wie sich u.a. an der kürzlichen Nominierung für den Deutschen Schulpreis zeigte. Das, was gut funktioniert und gerade vom grünen Koalitionspartner ja eigentlich gefördert werden soll, wird nun um des Kompromisses der Koalitionspartner willen geopfert.

Zukünftig werden wir an der EKG zwei getrennte Schulen mit jeweils eigener Schulleitung und eigenen Kollegien haben. Dort, wo sich Zusammenarbeit über Jahre zum Nutzen aller bewährt hat, werden nun zusätzlicher Verwaltungsaufwand und zusätzliche Kosten entstehen.

Die Umschulung nach der 6. statt nach der 4. Klasse, also mitten in der Pubertät, sehen wir Eltern als zusätzliche Belastung. Unsere Schüler kommen zukünftig nicht nur aus der Primarschule der EKG, sondern wie bislang aus zahlreichen, verschiedenen Schulen der Umgebung. Das Zusammenfinden in einer neuen Gemeinschaft wird in einem schwierigeren Alter stattfinden und einzelne Unterrichtsfächer wie

Arbeitslehre werden bei sehr unterschiedlichen Wissensständen unterrichtet werden müssen.

Das Konzept der zukünftigen Stadtteilschule lebt –wie auch das der Gesamtschule- davon, dass es einen gewissen Anteil leistungsstarker Schüler anzieht. Da die Gymnasien in der Bevölkerung zukünftig sicher als „hochwertiger“ gelten werden als die Stadtteilschulen und das Modell Gesamtschule als Alternative zum zweigliedrigen Schulsystem ja dann nicht mehr existieren wird, muss davon ausgegangen werden, dass es an der EKG weniger Anmeldungen von Schülern mit Gymnasialempfehlung geben wird. Für das Abitur an einer Stadtteilschule wird demnächst nur noch sprechen, dass man dort 13 statt 12 Jahre Zeit hat, zu lernen. Wir fragen uns, ob das ausreichen wird, um die Vorgabe von 30% Gymnasialschülern an den Stadtteilschulen zu erreichen. Das Modell Gesamtschule hat auf der Basis von bewusster, freiwilliger Entscheidung der Eltern und Schüler gut funktioniert an unserer Schule. Werden wir demnächst unzufriedene Eltern an der Erich-Kästner-Stadtteilschule haben, die keinen Platz für ihre Kinder auf den begehrten Gymnasien erhalten haben und um der Erfüllung eines politischen Zieles willen ihr Kind an der Stadtteilschule anmelden müssen? Wird es einen Konkurrenzkampf unter Schülern mit Gymnasialempfehlung um die Plätze an den Gymnasien geben?

3. Als Bürger dieser Stadt und als Eltern, die zum Teil ihre Kinder auch noch auf anderen Schulen haben, sehen wir mit großer Sorge, welche Unruhe diese Schulreform bislang schon erzeugt hat und wie viel Chaos sie in den nächsten Jahren der Umstrukturierung verursachen wird.

Wir begrüßen viele der konkreten Pläne wie die Reduzierung der Klassenstärken, die Einführung des binnendifferenzierten Unterrichts, den verstärkten Einsatz sozialpädagogischer Kräfte, den Wegfall des „Sitzenbleibens“, die Zusammenarbeit mit Institutionen im Stadtteil etc. Wie diese vielen einzelnen Verbesserungen alle gleichzeitig eingeführt werden sollen, wenn die Schulräume selbst neu verteilt bzw. zum Teil sogar neu gebaut, die Schulleitungen neu besetzt, die Lehrer für den neuen Unterrichtsstil ausgebildet, die Kollegien neu zusammengesetzt, die Lehrpläne erstellt und Schulbücher geschrieben werden müssen, ist uns nicht vorstellbar. Die Schüler und Lehrer werden zukünftig in ganz Hamburg unterwegs sein, um an den jeweils kooperierenden Standorten unterrichtet zu werden bzw. zu unterrichten.

Aus unserer Sicht ist der Zeitdruck, unter dem dieses Vorhaben betrieben wird, absolut fahrlässig. Wir haben die Auswirkungen der letzten ausgeführten (Verkürzung der gymnasialen Oberstufe, neues Lehrerarbeitszeitmodell) und zum Teil wieder zurückgenommenen Schuleformen (Aufkündigung des Integrationsgedankens in Hamburg) in unseren Familien als Belastungen zu spüren bekommen. Der Zeitdruck ist nach unserer Vermutung dem enormen Erwartungsdruck zuzurechnen, unter dem die schwarz-grüne Regierungskoalition sowohl in Hamburg als auch bundesweit steht. Unsere Kinder sind uns aber zu schade, um das auszubaden, was in der Politik aus taktischen Gründen zu Problemen führt.

Wie soll eine Schulpolitik zum Wohle unserer Kinder funktionieren, wenn die unterschiedlichen Vorstellungen der Parteien in Hamburg so großen Einfluss auf unseren Familienalltag haben und eine Reform die Nächste jagen darf? Warum dürfen wir nicht in aller Ruhe erst Konzepte entwickeln, dann erproben und schließlich flächendeckend einführen?

Warum stecken wir so große Mengen an Stunden und Geld in die Vorbereitung einer Reform, die vielleicht politisch gar nicht durchsetzbar sein wird, statt die Mittel hier und heute in das bestehende System zu investieren? Die Verbesserungsvorschläge sind doch schon lange da und werden auch schon umgesetzt! Die lange angestrebte Eigenständigkeit der einzelnen Schulen und ihre Eigenverantwortlichkeit werden besser gestärkt, wenn wir den heute bestehenden Schulen die zusätzlichen Ressourcen nach tatsächlichem Bedarf zur Verfügung stellen. Hamburg hat eine vielfältige Schullandschaft, die nach Verbesserungen ruft. Aber mit einem Staat, der politisch motiviert in dieses System je nach Überzeugung der gerade regierenden Parteien, eingreift, ist unseren Familien nicht wirklich gedient. Was im Moment erzeugt wird, sind zusätzlicher Druck und Unruhe. Das ist genau das, was unseren Kindern enorm schadet. Die Schule von heute steht bereits in einem erschreckenden Spannungsfeld, was sich in seiner extremsten Form in der zunehmenden Gewalt durch die Amoktaten zeigt.

Es geht uns darum, unsere Kinder zu stärken, indem wir als Erwachsene zusammenhalten, Altes bewahren und Neues behutsam einführen. Die neue Schulreform schwächt aber über Jahre das bestehende Schulsystem, indem sie keinen Stein auf dem anderen lässt, und spaltet die Elternschaft.

Aus diesen drei genannten Gründen zieht sich der Elternrat der EKG aus der Mitarbeit in der RSK zurück. Wir sind nicht mehr bereit, dieser Reform indirekt zuzustimmen, indem wir Vorschläge für ihre Umsetzung vor Ort erarbeiten.